Der Werdegang des sozialdemokratischen Programms

Von
Hermann Müller-Berlin

A 93-1598

A 93-1598

VORWÄRTS

Einleitung.

Parteiprogramme sind keine Glaubenssätze, an denen nicht gerüttelt werden darf. Sie sind lediglich die Zusammenfassung jeweils geltender Grundsätze und Forderungen einer Partei. Eine Gesellschaft ist kein starrer Körper. Abhängig von der Art, wie die Menschen ihren Lebensunterhalt gewinnen, wie ihre Wirtschaft gefügt ist, ist sie stets in Fluß. Sie verändert sich und nimmt neue Gestalt an.

Eine Partei ist nur ein Teil der Gesellschaft. Sie stellt die politische Vertretung einer Klasse oder auch nur einer bestimmten Gruppe dar, die auf die Durchführung bestimmter Pläne Wert legt. Alle die Pläne, ob sie nun von einer Klasse oder von einer Gruppe vertreten werden, sind nur innerhalb der Gesellschaft zu verwirklichen. Aendert diese ihr Gefüge, fällt häufig in sich zusammen, was gestern noch als Losung im Klassenkampf Bedeutung hatte. Was heute wahr ist, kann morgen falsch sein, etwas was heute erstritten werden soll, kann morgen überlebt und rückständig sein. Eine Partei, die ohne Rücksicht auf das Geschehen um sie herum, an ihrem Programm kleben würde, wäre die sonderbarste Körperschaft, die es überhaupt geben könnte. Sie würde sich dann entweder in Wirklichkeit an ihr Programm nicht halten können oder sie würde von den Ereignissen überrannt werden und in sich zusammenfallen. Das gilt von allen Parteien, am meisten natürlich von denen, die Anspruch darauf erheben, die Zukunft der Gesellschaft gestalten zu wollen. Darauf erhebt keine Partei mehr Anspruch als die sozialdemokratische, deshalb hat auch keine Partei mehr die Verpflichtung, ihr Programm mit der Entwicklung der Wirtschaft und der Gesellschaft in Einklang zu halten als sie.

Das Wort „Revisionist", das in der sozialdemokratischen Partei einen so schlechten Klang hat, müßte eigentlich in ihr ein Ehrentitel sein. Jeder, der für notwendig hält, daß ein Parteiprogramm da ist, muß notwendigerweise auch Wert darauf legen, daß es den Tatsachen gerecht wird, wird es nachprüfen und gegebenenfalls auf eine Abänderung hinwirken müssen. Jeder kann sich dabei vergreifen. Irren ist menschlich. Aber die Dränger sind stets denen vorzuziehen, die am Worte kleben und dabei den Werdegang der Gesellschaft nicht sehen wollen. Von den Sätzen eines

Programms nicht loskommen können, heißt in Wirklichkeit nichts anderes, als rückständig und damit rückschrittlich sein. In der sozialdemokratischen Partei hat oft das Wort mit den Tatsachen gerungen und diese haben sich selbstverständlich immer als die stärkeren gezeigt.

Wie sehr war die älteste sozialdemokratische Partei Deutschlands von der Richtigkeit ihrer Forderungen überzeugt. Die Lassalleaner hielten die Lehre ihres Meisters für unfehlbar, sie haben sich nicht gescheut auszusprechen, daß sie selbst unfehlbar seien, wenn sie diese Lehren verkündeten.*)

Was ist von diesen Lehren übrig geblieben in der sozialistischen Theorie? Aus taktischen Gründen entsprach ihnen mancher Satz in dem Einigungsprogramm von 1875, später sind sie spurlos verschwunden. Bei den Lassalleanern zeigte sich, wie das Klammern an das Wort nicht nur dem Fortschritt im Wege sein kann, sondern wie es auch sonst die Bewegung schwächt, indem es die Einigung der vorhandenen Richtungen verhindert.

Das Programm der Lassalleaner.

Wenn unter einem Programm in feste Form gegossene Grundsätze und Forderungen verstanden werden, wie sie z. B. das Erfurter Programm darbietet, dann hatten die Lassalleaner überhaupt kein Programm. In seinem Offenen Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig, das im März 1863 herauskam, hatte Ferdinand Lassalle den deutschen Arbeitern, soweit sie sich zu ihm bekannten, eine Richtschnur gegeben. Ausgehend von dem nicht von ihm stammenden, aber von ihm neu gefaßten und begründeten ehernen Lohngesetz — der Name ist von Lassalle — forderte er, daß der Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer gemacht werden müsse, da nur dadurch dieses eherne und grausame Gesetz beseitigt werden könnte, durch das bewirkt werde, „daß Arbeiter und Arbeitslöhne immer herumtanzen um den äußersten Rand dessen, was nach dem Bedürfnis jeder Zeit zu dem notwendigsten

*) Der „Neue Sozialdemokrat" schrieb am 12. Juni 1872 in seinem Leitartikel: „. . . . Der Sozialismus, der in der Lehre und Organisation Lassalles seinen besten Ausdruck gefunden, gilt uns als die Religion, welche die Menschheit wieder einen gewaltigen Schritt weiter auf dem Wege der Zivilisation, der Kulturentwicklung und des Glückes bringen wird. Für diese Lehre setzen wir unser alles ein, wir verteidigen sie, wenn es so sein sollte, selbst mit dem Blute. Weshalb aber sind wir so begeistert so energisch, ja weshalb sind die Lassalleaner fast alle von einem glühenden Fanatismus beseelt? Weil die Lehre Lassalles eine unfehlbare ist, und weil die Lassalleaner, wenn sie dieselbe verkündigen, in dieser Hinsicht sich selbst für unfehlbar halten müssen. . . ."

Lebensunterhalt gehört, bald etwas über, bald etwas unter diesem Rande stehend", und daß die Arbeiter „sogar von der durch die Fortschritte der Zivilisation gesteigerten Produktivität, d. h. von dem gesteigerten Arbeitsertrage, von der gesteigerten Ertragsfähigkeit ihrer eigenen Arbeit notwendig ausgeschlossen sind", da der ganze Ueberschuß der Produktion auf den Unternehmeranteil entfalle. Werde der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer, dann falle die Scheidung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn und damit der Arbeitslohn fort, an seine Stelle trete dann als Vergeltung der Arbeit der Arbeitsertrag. Durch freiwillige Assoziationen solle sich der Arbeiterstand als sein eigener Unternehmer organisieren, die Mittel und Möglichkeit dazu sollte der Staat geben. Die Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe waren dementsprechend die Forderung der Lassalleaner. Wie es möglich sein sollte, diese Forderung zu verwirklichen, hatte Lassalle im Offenen Antwortschreiben gleichfalls dargelegt. Der Arbeiterstand müsse als selbständige politische Partei auftreten, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht müsse Losungswort und Banner dieser Partei werden. Mittels dieses Wahlrechts gelte es, den Staat zu demokratisieren, der überhaupt nichts anderes sei, als die große Assoziation der unteren Klassen, da sich über 96 v. H. der Bevölkerung in gedrückter, dürftiger Lage befänden.

Das war es, worum sich die Lassalleaner schlugen: Beseitigung des ehernen Lohngesetzes durch die Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe, allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht, Zusammenfassung der Arbeiter zu einer selbständigen politischen Partei. Wahlrecht und Parteibildung waren dabei Mittel zum Zweck. Das alles war klar und übersichtlich, sie brauchten kein besonderes Programm. Lassalle hatte als die Kunst praktischer Erfolge hingestellt, alle Kraft auf einen Punkt zu konzentrieren. Dieser Kunst blieb er selbst getreu in seiner Aufklärungsarbeit. Sein Beispiel wurde später der ganzen Bewegung gefährlich. Es wurde nachgeahmt und die meisten Lassalleaner kamen aus dem engen Kreis nicht heraus, oder sie liefen Gefahr, der Ketzerei verdächtigt zu werden. Die Tätigkeit ihrer Abgeordneten im Reichstage hatte darunter genau so zu leiden, wie die gewerkschaftliche Arbeit. Selbst Schweitzer, der unter den Nachfolgern Lassalles auf dem Platze des Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wohl verstand, sich durchzusetzen und der der eigentliche Vater der parlamentarischen Taktik der Sozialdemokratie ist, hat nur bedingt Wandel zu schaffen vermocht, zumal er sich selbst lähmte durch sein Festhalten an der Diktatur im Verein.

Lassalle hatte im „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" den deutschen Arbeitern eine Vereinigung geschaffen, in der alle Macht in der Hand des Präsidenten lag. Wie alles, was Lassalle getan

oder geschrieben hatte, war auch der Verein in der Form, die er ihm gegeben hatte, seinen Anhängern ein Heiligtum. Er wurde es um so mehr, weil Lassalle in seinem Testament von seinem Nachfolger gesagt hatte: „Er soll an der Organisation festhalten! Sie wird den Arbeiterstand zum Sieg führen.“ Auch das wurde nämlich wieder wörtlich genommen und so aufgefaßt, als müsse unbedingt an der von Lassalle gegebenen Form des Vereins festgehalten werden. Schweitzer besaß einen großen Machthunger. Die Masse war ihm nur Werkzeug, sie war in ihrem Eifer, die Lassallesche Organisation unverändert aufrecht zu erhalten, ein mehr als gefügiges Werkzeug zur Aufrechterhaltung der Schweitzerschen Diktatur. Ohne den Buchstabenglauben der Lassalleaner hätte z. B. der sogenannte Staatsstreich Schweitzers niemals glücken können.

Hätte Tessendorf nicht mit plumper Polizeifaust die Lassallesche Organisation zerschlagen, hätte die Einigung der beiden Gruppen noch lange auf sich warten lassen.

Die Nürnberger Mehrheit.

Am 23. Mai 1863 war in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet worden. Nur kurze Zeit darauf, am 7. Juni 1863, schlossen sich die auf bürgerlichem Boden stehenden Arbeitervereine — es waren zumeist Bildungsvereine — enger zusammen, um zu verhüten, daß eine Spaltung und Zersplitterung ihrer Bewegung eintrete.

In dieser neuen, nur sehr losen Vereinigung gelang es Bebel und Liebknecht zu großem Einfluß zu kommen. Liebknecht war ursprünglich Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewesen, obgleich er mit Lassalle nicht übereinstimmte. Er war auch Mitglied der Schriftleitung des von Schweitzer herausgegebenen „Sozialdemokrat“, obgleich er Schweitzer nicht über den Weg traute. Seine Anschauung litt ihn aber nicht länger weder im Verein noch in der Redaktion. Aus beiden trat er aus. Nach Leipzig, wo er Bebel kennen lernte, ging er, weil er im Juli 1865 aus Berlin ausgewiesen war. In Sachsen blühten die Arbeiterbildungsvereine, hier fand Liebknecht den Boden für seine Lehrtätigkeit, durch die er sich über Wasser hielt.

Natürlich versuchte er, seine Hörer seinen sozialistischen Ideen zugänglich zu machen, wobei er von Bebel, der den Weg aus dem bürgerlichen in das proletarische Lager sehr rasch gefunden hatte, tatkräftig unterstützt wurde. Beide mußten allerdings mit großer Vorsicht zu Werke gehen, wenn sie überhaupt etwas erreichen wollten, und so erklärt sich, daß sie große Umwege gingen.

Der Krieg von 1866 hatte die Gründung des Norddeutschen Bundes im Gefolge, dessen Reichstag auf Grund des von Bismarck eingeführten allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahl-

rechts einzuberufen war. Sachsen war Mitglied des Norddeutschen Bundes. Auch dort kam es zu Wahlen. Bebel und Liebknecht benutzten die neue Lage, um eine neue Partei zu gründen, die Sächsische Volkspartei. Die Gründung erfolgte am 19. August 1866 in Chemnitz; die neue Partei gab sich ein entschieden demokratisches Programm.*)

1. Unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht mit geheimer Abstimmung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens (das Parlament, die Kammern der Einzelstaaten, die Gemeinden usf.). Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Ein mit größter Machtvollkommenheit ausgestattetes Parlament, welches namentlich auch über Krieg und Frieden zu entscheiden hat.

2. Einigung Deutschlands in einer demokratischen Staatsform. Keine erbliche Zentralgewalt. Kein Kleindeutschland unter preußischer Führung, kein durch Annexion vergrößertes Preußen, kein Großdeutschland unter österreichischer Führung, keine Trias. Diese und ähnliche dynastisch-partikularistischen Bestrebungen, welche nur zur Unfreiheit, Zersplitterung und Fremdherrschaft führen, sind von der demokratischen Partei auf das entschiedenste zu bekämpfen.

3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, der Geburt und Konfession.

4. Hebung der leiblichen, geistigen und sittlichen Volksbildung. Trennung der Schule von Kirche, Trennung der Kirche vom Staat und des Staates von der Kirche, Hebung der Lehrerbildungsanstalten und würdige Stellung der Lehrer, Erhebung der Volksschule zu einer aus der Staatskasse zu erhaltenden Staatsanstalt mit unentgeltlichem Unterricht. Herbeischaffung von Mitteln und Gründung von Anstalten zur Weiterbildung der der Volksschule Entwachsenen.

5. Förderung des allgemeinen Wohlstandes und Befreiung der Arbeit und der Arbeiter von jeglichem Druck und jeglicher Fessel. Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, allgemeines deutsches Heimatsrecht, Förderung und Unterstützung des Genossenschaftswesens, namentlich der Produktivgenossenschaften, damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde.

6. Selbstverwaltung der Gemeinden.

7. Hebung des Rechtsbewußtseines im Volke durch Unabhängigkeit der Gerichte, Geschworenengerichte, namentlich auch in poltischen und Preßprozessen, öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren.

8. Förderung der politischen und sozialen Bildung des Volkes durch freie Presse, freies Versammlungs- und Vereinsrecht, Koalitionsrecht.

Als Abgeordnete dieser demokratischen — nicht sozialistischen

---

*) Es handelt sich hier nicht um ein älteres Programm unserer Partei; die sächsische Volkspartei war eben gewissermaßen der Grundstein für die sozialdemokratische Partei Bebel-Liebknechtscher Richtung.

— Partei zogen Bebel und Liebknecht auch in den ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes ein.

Inzwischen hatte auch die Internationale Arbeiter-Assoziation, deren geistiges Haupt Karl Marx war, ihre Tätigkeit entfaltet. Auch Marx, der nicht der Gründer dieser Vereinigung war, der aber in ihr sehr rasch maßgebenden Einfluß erhielt und ihre Programmschrift und Satzungen verfaßte, hatte sich angesichts der geistigen Verfassung, in der damals sich die Arbeiter aller Länder befanden, wohl gehütet, mit beiden Füßen in die Agitation für den Sozialismus hineinzuspringen. Auch er arbeitete mit großer Vorsicht, zugleich aber auch mit großer Meisterschaft. Weder in der Programmschrift, der „Inauguraladresse", noch in den Satzungen ist vom Sozialismus auch nur mit einem Worte die Rede, trotzdem beherrschten Marxens Ideen die Adresse und die Satzungen. Aber erst mehrere Jahre nach der Gründung, die am 28. November 1864 stattfand, forderten die Kongresse der Internationale die Verstaatlichung der Bergwerke, Fabriken usw. (Brüssel 1868) und des Grund und Bodens (Basel 1869).

In Deutschland hatte bis zum Jahre 1868 die Internationale keinen Fuß gefaßt. Schweitzer hat sie zwar einwandfrei zu würdigen gewußt. Er konnte aber über die vereinsgesetzlichen Hindernisse ebensowenig hinweg wie später Bebel und Liebknecht, die sich bemühten, die Arbeitervereine in das Lager der Internationale hinüberzuführen.

Bebel war 1867 Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigung der Arbeitervereine geworden, womit sein Einfluß wuchs. Auf dem Vereinstag, der am 5. September 1868 in Nürnberg zusammentrat, wagte er den entscheidenden Schritt. Er legte mit seinen Freunden ein Programm vor, nach dem der Vereinstag sich auf den Boden der Internationale stellte. Das Progamm wurde gegen eine erhebliche Minderheit, die sich auch loslöste, angenommen. Es lautete:

Der zu Nürnberg versammelte fünfte Vereinstag Deutscher Arbeitervereine erklärt in nachstehenden Punkten seine Uebereinstimmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiterassoziation:

1. Die Emanzipation der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden. Der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

2. Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit.

3. Die politische Freiheit ist das unentbehrlichste Hilfsmittel zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist

mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

Ferner in Erwägung, daß alle auf die ökonomische Befreiung der Arbeiter gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jedes Landes und dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind, daß die Befreiung der Arbeit weder ein lokales noch nationales, sondern ein soziales Problem ist, das alle Länder umfaßt, in denen es moderne Gesellschaften gibt, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt, beschließt der Fünfte Deutsche Arbeitervereinstag seinen Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation.

So wenig wie Bebel und Liebknecht durch die Gründung der Sächsischen Volkspartei mit ihren zahlreichen bürgerlichen Freunden gebrochen hatten oder zu brechen beabsichtigten, so wenig hatten sie diese Absicht mit ihrem Vorgehen in Nürnberg. Auch faßten die Anhänger der in Süddeutschland damals stark verbreiteten Volkspartei den Nürnberger Beschluß keineswegs als eine Absage auf. Im Gegenteil. Diese Partei beschloß gleichfalls, sich auf den Boden der Internationale zu stellen, und deren Kongreß zu Basel sah denn auch aus Deutschland eine Reihe bürgerlicher Vertreter.

Die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Ganz in das sozialistische Fahrwasser und los von ihrem bürgerlichen Anhang kamen Bebel und Liebknecht erst durch die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Jahre 1869.

Ihr erbittertster Gegner innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, Schweitzer, half ihnen dabei in den Sattel. Die Generalversammlung seines Vereins in Barmen hatte seine diktatorischen Befugnisse eingeschränkt, und um diese wieder zu erringen, machte er seinen „Staatsstreich", durch den er angeblich bezweckte, die Einigung innerhalb der deutschen Arbeiter herzustellen. Er erreichte seinen Zweck. Die Mitglieder der beiden in Betracht kommenden Lassalleschen Vereine — es hatte sich ein paar Jahre vorher ein Flügel der Lassalleaner um die Gräfin Hatzfeld geschart — beschlossen ihre Auflösung und Neugründung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mit dem Lassalleschen Statut. Damit fielen die Barmer Beschlüsse ins Wasser und Schweitzer wurde wieder uneingeschränkter Diktator.

Sein durchsichtiges, eigenmächtiges Handeln veranlaßte aber eine Anzahl namhafter Mitglieder seines Vereins, sich von ihm loszusagen. Sie setzten sich mit Bebel und Liebknecht in Verbindung, und die Folge des gemeinsamen Handelns war der Kongreß vom

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

7. bis 9. August 1869 in Eisenach, auf dem die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet wurde, die sich zu nachstehendem Programm bekannte:

I. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates.

II. Jedes Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:

1. Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.

2. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form und es erstrebt deshalb die sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.

4. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

5. In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, gibt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.

6. In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaften gibt, umfaßt, betrachtet sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinsgesetze gestatten, als Zweig der Internationalen Arbeiter-Assoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.

III. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:

1. Erteilung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahr an zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.

2. Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.

3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession.

4. Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

5. Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.

6. Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.

7. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Fachgewerbegerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.

8. Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitionsgesetze; Einführung des Normalarbeitstages. Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.

9. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftssteuer.

10. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

Die „Eisenacher" oder die „Ehrlichen", wie spottweise die Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von den Lassalleanern genannt wurden, lagen ständig im Kampf mit den Lassalleanern, sie werden häufig als die Marxisten bezeichnet, und es wird dabei angenommen, als habe die neue Partei die Lehren von Karl Marx zu den ihren gemacht gehabt und dementsprechend grundsätzliche Aufklärung unter den deutschen Arbeitern verbreitet. Schon das Programm, dessen Entwurf von Bebel stammt, läßt aber erkennen, daß andere Einflüsse vorherrschten.

In einem Programm der Marxisten hätte der Abschnitt, in dem davon geredet wird, daß die Partei den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter erstrebe unter Abschaffung des Lohnsystems durch genossenschaftliche Arbeit, keinen Platz gefunden. Hier hatten Lassallesche Ideen durchgeschlagen. In der Tat war die Partei alles andere als einheitlich. Leute, die kurz vorher noch Anhänger von Schulze-Delitzsch gewesen waren, saßen zusammen mit Lassalleanern von reinstem Wasser, denn die Einigung der beiden Lassalleschen Vereine war bald wieder in die Brüche gegangen und die Hatzfeldschen waren den Eisenachern vielfach beigetreten. Dazwischen wieder waren Lassalleaner, die kritisch gestimmt waren usw. Das erklärt nicht nur manche Beschlüsse der Kongresse der Eisenacher, sondern auch das vorsichtige Verhalten der Parteipresse. So sehr der „Volksstaat", der von Liebknecht geleitet wurde, gegen die Führer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins losschlug, die Lassallesche Lehre wurde wie ein rohes Ei behandelt. Ein anderes Verhalten hätte auch eine Einigung mit den Lassalleanern, auf die Liebknecht mit allen Kräften hinarbeitete, ganz unmöglich gemacht. Die Zahl der Eisenacher, die sich ernstlich mit Marx beschäftigten, war sicherlich nicht sehr groß. Von grundsätzlicher Klarheit kann man eher bei den Lassalleanern reden, die unverbrüchlich an den Lehren ihres Abgottes festhielten und sie folgerichtig vertraten.

Marx hatte im „Kapital" das eherne Lohngesetz mit ein paar Worten endgültig abgetan. Im Agitationsschatz auch der Eisenacher lebte es ruhig weiter. Wie sehr selbst einer der allerbesten, Bebel, noch im Fahrwasser der Lassalleaner schwamm, dafür legt sein

Heftchen, „Unsere Ziele“ betitelt, Zeugnis ab, das sehr zu Unrecht, weil ganz überlebt, heute noch immer Tausenden in die Hände gegeben wird, die sich über den Sozialismus unterrichten wollen.*)

Im Januar 1874 begann der Staatsanwalt Tessendorf in Berlin seine Tätigkeit, die sich gegen die Arbeitervereinigungen, gleichviel, ob sie politischer oder gewerkschaftlicher Art waren, richtete. Es regnete Strafverfügungen und Auflösungen. Die Verlegung des Sitzes des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nach Bremen rettete ihn nicht davor, daß seine Gemeinden in Preußen lahmgelegt wurden, und die Eisenacher, obgleich die Form ihrer Partei viel weniger leicht angreifbar war, mußten die gleichen Erfahrungen machen.

An der Organisation festhalten zu wollen, die Lassalle ihnen gegeben hatte, war für seine Anhänger zur Unmöglichkeit geworden. Eines der wesentlichsten Hindernisse der Einigung war damit gefallen und nun ging von ihnen, die bisher der Einigung immer ablehnend gegenübergestanden hatten, selbst die Anregung zur Einigung aus. Im Oktober 1874 begannen die Einigungsverhandlungen und am 25. März 1875 tagte in Gotha der Einigungskongreß, auf dem sich die feindlichen Brüder zur „Sozialistischen Arbeiterpartei“ verschmolzen. Den Programmentwurf hatte eine Kommission ausgearbeitet. Mit einigen Aenderungen wurde er vom Kongreß angenommen. Gegenüber dem Programm der Eisenacher vom Jahre 1869 war das neue Programm ein Rückschritt. Es war das kein Wunder. Es hatte den Lassalleanern Rechnung getragen werden müssen, und das Eherne Lohngesetz, die Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe marschierten im Programm ebenso auf, wie die Schlagworte von der reaktionären Masse und der Arbeit als der Quelle alles Reichtums.

Es ist bekannt, wie scharf Marx den Programmentwurf, der allerdings noch schlechter war, tadelte. Er hielt für richtiger, daß in der gegebenen Situation, in der ein einwandfreies Programm nicht zustande kommen konnte, von einem solchen überhaupt abgesehen wurde. In dieser Beziehung sagte er:

„Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme. Konnte man nicht — und die Zeitumstände ließen das nicht zu — über das Eisenacher Programm hinausgehen, so hätte man einfach eine Uebereinkunft für Aktionen gegen den gemeinsamen Feind abschließen sollen. Macht man aber Prinzipienprogramme (statt das bis zur Zeit aufzuschieben, wo dergleichen durch längere gemein-

*) Es muß tatsächlich einmal ernstlich nachgeprüft werden, ob es nicht im Interesse der Partei liegt, eine Reihe älterer Schriften nicht mehr aufzulegen. Mit „geschichtlichen Urkunden“ ist doch den Lesern nur ausnahmsweise gedient.

same Tätigkeit vorbereitet war), so errichtet man vor aller Welt Marksteine, an denen sie die Höhe der Parteibewegung mißt."

Aehnlich schrieb Engels:

„Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an, als auf das, was sie tut, aber ein neues Programm ist doch immer eine öffentlich aufgepflanzte Fahne und die Außenwelt beurteilt danach die Partei. Es sollte daher keinesfalls einen Rückschritt enthalten."

Marx und Engels waren nicht die einzigen, die mit dem Entwurf unzufrieden waren. Auch aus den Reihen der Eisenacher kam zunächst heftiger Widerspruch. Aber sie stellten doch schließlich die Einigung höher als ein einwandfreies Programm. Das Einigungsprogramm lautete:

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die sozialistische Arbeiterpartei fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in

Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Feiertag sein.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.

5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat.

Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.

2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.

3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.

4. Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.

6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

7. Regelung der Gefängnisarbeit.

8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und -unterstützungskassen.

Wie vorausgesagt worden war, wurden sehr bald Stimmen laut, die eine Aenderung des Programms verlangten. Aber gegenüber den Kämpfen der Parteien um ihr Bestehen kamen sie nicht auf. Diese Kämpfe erreichten ihren Höhepunkt mit dem Sozialistengesetz. Dieses brachte so viele notwendige Arbeit anderer Art, daß an die Neufassung des Programms lange Jahre hindurch niemand dachte. Erst auf dem Kongreß in St. Gallen wurde die Frage wieder angeschnitten und eine Kommission mit der Ausarbeitung eines neuen Entwurfs beauftragt. Wichtige andere Arbeiten vereitelten die Ausführung des Auftrages. So kam es, daß das unzulängliche Programm von 1875 siebenzehn Jahre für die Partei galt.

Kurz nach dem Fall des Sozialistengesetzes tagte der Parteitag in Halle a. Saale, der dem Parteivorstand den Auftrag gab, einen Entwurf vorzulegen. Dies geschah, aber nicht dieser Entwurf, sondern ein von der „Neuen Zeit" vorgeschlagener Ent-

wurf wurde schließlich den Verhandlungen zugrunde gelegt. Das Ergebnis war unser noch heute geltendes Programm, das nach dem Ort, in dem es der Parteitag im Jahre 1891 annahm, das Erfurter Programm genannt wird.

Als 1890 in Halle Liebknecht seine Programmrede hielt, betonte er, das alte Programm von 1875 habe sich trefflich bewährt. Mit weit mehr Recht läßt sich das vom Erfurter Programm sagen.

In seiner scharfen, eindeutigen Fassung hat es der deutschen Arbeiterklasse den Weg gezeigt, den sie zu gehen hatte. Daß sich die Arbeiter in wachsendem Maße der Partei zuwandten, ist zum guten Teil ihrem klaren Programm zu danken gewesen.

Sehr hoch ist auch anzuschlagen, daß es die Massen zwang, sich mit Karl Marx zu befassen. Aufgebaut auf dessen Lehren, nötigt es all die, die sich mit der Partei grundsätzlich beschäftigen, sei es als Lehrer, als Lernende oder als Gegner, sich in die Marxschen Theorien zu vertiefen.

Trotzdem zeigt auch das Erfurter Programm den nur bedingten Wert aller Programme. Es ist länger aufrecht erhalten worden als all die früheren, beinahe 29 Jahre. Das spricht zum Teil für das Programm, zum Teil gegen die Partei. Für das Programm insoweit, als die großen Linien, die es zieht, richtig gewesen sein müssen; gegen die Partei, weil es nicht gerade für Selbstkritik spricht, daß alles, was in drei Jahrzehnten geschehen und erforscht worden ist, so gering erscheinen soll, daß es das Parteiprogramm nicht berühren könnte. Das gilt aber nur für die Partei im ganzen. Kritiker hat es sonst genug gegeben; durchsetzen haben sie sich aber nicht können. Erst der Krieg und die Revolution haben Wandel geschafft. Trotzdem hat das Programm schon zu der Zeit nicht gestimmt, als es angenommen wurde. Die großen Linien, die es scharf einhält, sind die, die Karl Marx als die Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung bezeichnet hat. Der erste Band des „Kapital", in dem Marx diese Linien festlegte, ist im Jahre 1867 abgeschlossen worden, das Programm wurde 24 Jahre später geschaffen. In dieser Zeit ist so manches aufgetaucht und hat auch feste Gestalt angenommen, was Marx, der die kapitalistische Gesellschaft wie kein anderer studierte, gar nicht sehen konnte, weil es zu seiner Zeit nicht existierte. Aber das Erfurter Programm durfte an diesem Neuen nicht so achtlos vorbeigehen, wie es vorbeigegangen ist.

Auch sonst hat es sich zu streng an die Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung gehalten. Gerade das „Kapital" von Marx hätte dazu zwingen müssen, auch die Abweichungen zu berücksichtigen, denn in all den Ländern, wo die Arbeiter den Widerstand gegen die verelendenden Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaft organisieren, wo der gesetzliche Arbeiterschutz gleichfalls

der Verelendung entgegenarbeitet, da können sich die Tendenzen der kapitalistischen Wirtschaft nicht so durchsetzen, wie es nach dem Erfurter Programm der Fall sein soll. Karl Marx hat gerade im „Kapital" in den Abschnitten über den Kampf um den Normalarbeitstag den entsprechenden Beweis geliefert.

Deshalb stand das Programm von 1891 wissenschaftlich nicht auf der Höhe wie das „Kapital" von 1867. Es war mehr agitatorisch als wissenschaftlich. Aber vielleicht hat es gerade deshalb der Partei so viel genützt. Es hat die Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung im ersten Teil so scharf unterstrichen, daß es geradezu ein Widerspruch war, den zweiten, sogenannten praktischen Teil noch anzufügen.

Jetzt ist sich die Partei einig, daß das Programm geändert werden muß. Ob die Zeit sich dazu eignet, ist allerdings eine andere Frage. Ein Programm soll vorwärts schauen, es soll zeigen, wie sich voraussichtlich die Zukunft gestaltet und was zu tun ist, um helfend einzugreifen. Krieg und Revolution haben bei uns wirtschaftlich und politisch alles umgestaltet, aber alles ist noch am Werden, und keiner weiß, was werden wird. In einer solchen Zeit ist es schwer, wenn nicht unmöglich, ein Programm, das nicht nur Augenblickswert hat, zu schaffen. Es gilt hier an die Worte von Marx zu erinnern, die er allgemein gegen das Gothaer Programm fand.

Programme sollen Marksteine sein, an denen man die Entwicklung der Partei messen kann. Solche Steine lassen sich auf schwankendem Boden nicht setzen. Gibt sich die Partei ein Programm, muß es stichhaltig sein. Die Lassalleaner konnten es sich leisten, sich für unfehlbar zu halten und sich sektenhaft abzuschließen. Vielleicht bekam gerade dadurch ihre Bewegung den Schwung, den sie brauchte, um Bresche zu legen. Später konnte sich die Partei gestatten, alles vom agitatorischen Standpunkt aus anzusehen. Gejagt und gehetzt, von jeder positiven Mitarbeit ausgeschlossen, wo sie nicht durch zähe Arbeit eine Stellung erzwang, mußte sie in der Hauptsache kritisieren und negieren.

Die Zeiten haben sich geändert. Ohne die Arbeiter, ohne die sozialdemokratische Partei, läßt sich heute keine Politik mehr treiben. Mitarbeiten heißt auch Verantwortung übernehmen und dies muß auch zum Ausdruck kommen im Programm.

Vorwärts Buchdruckerei, Berlin S.W. 68.